



## Krings-Brief vom 04. Dezember 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Mittwoch wurde Kristina Köhler als neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vereidigt. Damit übernimmt sie das Amt von Ursula von der Leyen, die als Bundesministerin für Arbeit und Soziales in der Regierung tätig sein wird.

Es freut mich außerordentlich, dass Frau Köhler, mit der ich in der Jungen Gruppe zu Beginn meiner Zeit im Bundestag gut zusammengearbeitet habe, eine so verantwortungsvolle Position in der Regierung erhalten hat. Auch wenn Sie noch recht jung ist, so bringt Sie doch die Erfahrungen und Fähigkeiten mit, um die Arbeit von Frau von der Leyen erfolgreich fortsetzen zu können.

---

### **Gemeinsam für Europas Zukunft**

Der lange und schwierige, über ein ganzes Jahrzehnt andauernde Reformprozess in der Europäischen Union hat seinen vorläufigen Abschluss gefunden: der Vertrag von Lissabon ist am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten. Auch wenn die neue Vertragsgrundlage an einigen Stellen noch kritisch zu sehen ist, so steht aber fest: Mit dem Vertrag wird die Europäische Union handlungsfähiger, demokratischer und transparenter werden.

Der Vertrag von Lissabon baut in seiner Struktur auf den bislang geltenden Verträgen, EU-Vertrag und EG-Vertrag, auf. Darin wird die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union durch tiefgreifende Reformen im institutionellen Bereich gestärkt. Ein hauptamtlicher Präsident des Europäischen Rates wird die Kontinuität des Unionshandelns verfestigen. Außerdem wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gestärkt und das neue Amt eines „Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ wurde eingeführt. Bereits am 16. September 2009 erfolgte die Wahl des Kommissionspräsidenten, Herrn Manuel Barroso. Als designierter deutscher Kommissar wurde der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger bestimmt, der das Ressort Energie übernehmen wird. Da Energie als Kostenfaktor für die Wirtschaft, aber auch für viele Privathaushalte immer wichtiger wird.

## **Im Einsatz für unsere Sicherheit**

In dieser Woche werden in zweiter und dritter Lesung über drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden. Schon jetzt ist zu sehen, dass eine Fortführung der Einsätze in Afghanistan, am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon, hinsichtlich der deutschen Sicherheitsinteressen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unausweichlich ist.

Vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass Kriegsmaterial in das Krisengebiet geschmuggelt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für eine friedlichere Entwicklung der Region. Jedoch soll die Zahl der maximal einzusetzenden deutschen Soldatinnen und Soldaten von 1.200 auf 800 reduziert und unser Einsatz bis zum 30. Juni des kommenden Jahres befristet werden. Denn so kann eine Übernahme der libanesischen Streitkräfte bei der seeseitigen Absicherung der libanesischen Küste langfristig garantiert werden.

Zur Bekämpfung des Terrorismus ist aber auch noch eine militärische Komponente am Horn von Afrika und in Afghanistan notwendig. Mit ihrer Arbeit leisten die Soldatinnen und Soldaten einen wichtigen Beitrag für unsere Sicherheit. Wir wollen diesen Einsatz fortführen, damit die Stabilisierung gelingen kann und der internationale Terrorismus bekämpft werden kann. Jedoch gilt auch der Grundsatz: Innerhalb der nächsten fünf Jahre müssen hier substantielle und qualitative Fortschritte erzielt werden, die es den ausländischen Truppen Schritt für Schritt ermöglichen, sich mehr und mehr zurückzuziehen. Das entsprechende klare Signal von US-Präsident Obama, dass der Afghanistan-Einsatz nicht fortgesetzt werden darf, halte ich deshalb für wichtig.

---

## **Sonntagsschutz um des Menschen willen**

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von dieser Woche über die Ladenöffnungszeiten an Adventssonntagen ist ein Sieg für den Sonn- und Feiertagsschutz und gleichzeitig für die Familien und Arbeitnehmer.

Die Adventszeit ist ein zentraler Bestandteil unserer christlich geprägten europäischen Kultur. Das Karlsruher Urteil hat einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung dieser kulturellen Tradition geleistet und dem klaren Schutzauftrag unserer Verfassung zur Geltung verholfen.

Der Mensch sollte nicht nur als Konsument gelten. Er hat auch religiöse und soziale Bedürfnisse. Und es ist zu begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht dafür gesorgt hat, dass gewisse religiöse und soziale Mindeststandards in ganz Deutschland gelten.

## **Schließung von Babyklappen ist ein Rückschritt**

Die Empfehlung des Deutschen Ethikrates, alle Babyklappen zu schließen, ist für mich der Ausdruck einer schwer nachvollziehbaren Ethik. Statt den werdenden Müttern zu helfen und das Leben eines Kindes zu retten, würden dadurch manche Mütter vor die Wahl gestellt, ihr Kind auszusetzen oder sich während der Schwangerschaft gar für eine Abtreibung zu entscheiden. Diese harte Alternative wird keinesfalls der besonderen Situation gerecht und stellt einen großen Rückschritt dar.

Das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft darf nicht über den Schutz seines Lebens gestellt werden. Für diese Kollision von Grundrechten ist für mich das Grundgesetz eindeutig: Der Schutz des menschlichen Lebens ist ein Höchstwert der Verfassung.

Es ist für Schwangere in Notlagen daher wichtiger, die Beratungsangebote auszubauen und – so wie es der Koalitionsvertrag vorsieht- gesetzliche Grundlagen für eine „vertrauliche Geburt“ zu schaffen.

---

## **Klimaschutz für eine lebenswerte Zukunft**

In der kommenden Woche entscheidet sich in Kopenhagen, ob die weitere Erderwärmung mittelfristig auf maximal 2 Grad Celsius begrenzt werden kann, um den Klimawandel in einem noch erträglichen Rahmen zu halten.

Deutschland nimmt dabei eine führende Rolle ein und unser neuer Bundesumweltminister Norbert Röttgen wird für das Ziel kämpfen, die Treibhausgas- Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Im Abkommen von Kyoto hatte sich die Bundesregierung verpflichtet, die schädlichen Treibhausgase im Zeitraum von 2008-2012 gegenüber 1990 um 21 Prozent zurückzuführen. Dieses nun auslaufende Abkommen werden wir erfüllen.

Dennoch muss es unser aller Ziel bleiben eine engagierte, verbindliche und politische Entscheidung zwischen allen Staaten zu treffen, um unter anderem Naturkatastrophen zu verhindern und Millionen von Menschen zu retten.

***Es begrüßt Sie herzlich aus Berlin***

***Ihr***

***Dr. Günter Krings***